

Pressemitteilung

28. September 2016

Keine Wohnsitzauflage für Flüchtlinge in Hessen

Der PARITÄTISCHE Hessen appelliert an die Landesregierung

Anerkannte Flüchtlinge sollten auch künftig innerhalb von Hessen ihren Wohnort frei wählen können. Der PARITÄTISCHE Hessen fordert daher die Landesregierung auf, keine landesinterne Wohnsitzauflage einzuführen. Nach dem neuen Integrationsgesetz, das am 6. August 2016 in Kraft getreten ist, haben die Bundesländer nun die Möglichkeit, durch Rechtsverordnungen landesinterne Wohnsitzauflagen auch für anerkannte Flüchtlinge für drei Jahre zu verhängen. Sie müssen dies aber nicht tun. Niedersachsen ist bereits mit gutem Vorbild vorangegangen und hat darauf verzichtet, während beispielsweise Bayern und Baden-Württemberg von der Möglichkeit Gebrauch machen.

„Wir lehnen eine Wohnsitzauflage in Hessen entschieden ab. Sie ist im Hinblick auf EU-Recht und die Genfer Flüchtlingskonvention äußerst problematisch“, betont Günter Woltering, Landesgeschäftsführer des PARITÄTISCHEN Hessen. „Schließlich geht es auch um persönliche und humanitäre Schicksale, wenn Familienangehörige deswegen nicht zusammenfinden dürfen.“

Die schwarz-grüne Landesregierung in Hessen ist nach eigenen Angaben noch unentschlossen und will das Thema zunächst mit den kommunalen Spitzenverbänden diskutieren. Einige hessische Städte haben sich mit Blick auf ihren angespannten Wohnungsmarkt bereits für eine Wohnsitzregelung ausgesprochen.

Wohnungsbau und Strukturprogramme für alle

„Bestimmten Bevölkerungsgruppen den Zuzug in die Ballungsräume zu verwehren, ist in hohem Maße diskriminierend“, betont Lea Rosenberg, Referentin Flucht und Asyl beim PARITÄTISCHEN Hessen. „Um die Versorgung aller Bürgerinnen und Bürger mit Wohnraum zu gewährleisten sind vielmehr massive Investitionen in den öffentlich geförderten Wohnungsbau erforderlich.“

Hinderlich wäre eine Wohnsitzauflage aus Sicht des PARITÄTISCHEN Hessen auch bei der Integration von Flüchtlingen in den Arbeitsmarkt. „Werden

geflüchtete Menschen gezwungen, in strukturschwachen Regionen zu bleiben, so steigt die Gefahr, dass sie dauerhaft arbeitslos und auf staatliche Unterstützung angewiesen bleiben“, betont Maria-Theresia Schalk, Referentin für Migration beim PARITÄTISCHEN Hessen. Vonnöten sind nachhaltig wirkende Förderprogramme, die allen Einwohner_innen strukturschwacher Regionen mehr Chancen bieten und dazu führen, dass Flüchtlinge langfristige dort Perspektiven entwickeln können und freiwillig bleiben.

Keine zwangsweise Rückführung in andere Bundesländer

Der PARITÄTISCHE Hessen fordert die Landesregierung außerdem auf, anerkannte Flüchtlinge, die bereits nach Hessen umgezogen sind, nicht in das Bundesland zurückzuschicken, in dem sie ihr Asylverfahren durchlaufen haben. Das Integrationsgesetz sieht auch dies rückwirkend für Personen vor, die seit Januar 2016 anerkannt sind und vor dem Inkrafttreten des Gesetzes bereits in ein anderes Bundesland umgezogen sind. Eine solche zwangsweise Rückführung ist aus Sicht des PARITÄTISCHEN Hessen jedoch unzumutbar, vor allem wenn bereits erste Integrationserfolge erzielt wurden oder Kinder schon einen Platz in Kita oder Schule haben. „Hessen sollte hier dem Beispiel Berlins und Niedersachsens folgen, die bereits festgelegt haben, dass sie eine solche rückwirkende Wohnsitzauflage nicht umsetzen werden“, so Landesgeschäftsführer Günter Woltering.

Ansprechpartnerinnen beim PARITÄTISCHEN Hessen:

Lea Rosenberg,
Referentin Flucht und Asyl
Telefon: 069/95 52 62-52
Mobil: 0163/614 16 52
E-Mail: lea.rosenberg@paritaet-hessen.org

Maria-Theresia Schalk
Referentin für Migration
Telefon: 069/95 52 62-37
E-Mail: maritz.schalk@paritaet-hessen.org

Der PARITÄTISCHE Hessen ist der Spitzenverband von 800 sozialen Mitgliedsorganisationen aus den Bereichen Kinder- und Jugendhilfe, Gesundheitswesen, Frauen- und Mädchenarbeit, Behinderten- und Altenhilfe, Migrationsarbeit, Suchtkranken- und Selbsthilfe, Straffälligen- und Wohnungslosenhilfe, Arbeitsmarktpolitik, soziale Psychiatrie sowie Freiwilligenarbeit. Mehr als 55.000 hauptamtliche und 14.000 ehrenamtliche Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sind in den Einrichtungen tätig.

Der PARITÄTISCHE Hessen vertritt die Interessen der hilfebedürftigen und benachteiligten Menschen ebenso wie die Interessen seiner Mitgliedsorganisationen. Durch Lobbyarbeit sowie durch fachliche, rechtliche und finanzielle Unterstützung sichert er die Qualität der sozialen Arbeit seiner Mitglieder.

**Deutscher PARITÄTISCHER
Wohlfahrtsverband
Landesverband Hessen e.V.**

Auf der Körnerwiese 5
60322 Frankfurt am Main

Fon: 069 955262 0
Fax: 069 551292

E-Mail: info@paritaet-hessen.org
www.paritaet-hessen.org